



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 15.06.2016:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Dan-news.info: Die DVR besteht auf der weiteren Ausarbeitung eines „Fahrplans“ zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen zur Beschleunigung des Verhandlungsprozesses. Dies teilte heute die Pressesekretärin des Leiters der Delegation der DVR bei den Verhandlungen in Minsk Denis Puschilin, Wiktorija Talakina, mit.

„Eine heftige Diskussion entspann sich um die Fragen der politischen Untergruppe. Mit Bezug auf die Nichterfüllung des ersten Punktes des Maßnahmekomplexes über die Notwendigkeit einer Feueinstellung verschiebt die Ukraine Mal für Mal politische Entscheidungen. Währenddessen zieht sich der Minsker Prozess schon fast zwei Jahre hin. Und wenn wir die Verhandlungen nicht über lange Jahre hinziehen wollen, so müssen jetzt endlich Entscheidungen getroffen werden“, sagte sie. „Das beste Mittel ist nach Meinung Denis Puschilins die Ausarbeitung eines Fahrplans“. Nach den Worten Talakinas ruft das hartnäckige Abbremsen dieses Prozesses durch Kiew besonders viele Fragen hervor, weil die übrigen Teilnehmer der Verhandlungen der Kontaktgruppe und die „Normannische Vier“ die Zweckmäßigkeit der Zusammenstellung eines „Fahrplans“ bestätigt haben.

Dnr-online.ru: Heute fand in Minsk eine weitere Sitzung der dreiseitigen Kontaktgruppe zur Regelung des Konflikts im Donbass statt. Auf der Tagesordnung des Treffens stand die Vorstellung der Ergebnisse der Untersuchung des massiven Beschusses der DVR in der Nacht auf den 9. Juni. Dies teilte der Pressedienst des Apparats des Volkssowjets der DVR mit.

„Einen solchen Artilleriebeschuss haben die Bürger etwa ein Jahr lang nicht gesehen. Und trotz aller unterschriebenen Dokumente versucht die Ukraine wieder der Bestrafung zu entgehen. Auf der Sitzung der Untergruppe zur Sicherheit haben heute beide Seiten ihre Materialien über den Verlauf der Untersuchung dieses Vorfalles vorgestellt. Mehr noch, wie haben auch unseren Militärexperten vorgestellt, der den Anwesenden Informationen darüber vorgelegt hat, wer schießt, woher, mit welchen Waffen und wer diese harten Befehle gab.

Die Auffassung über die Schuldigen ging auseinander, aber über die Notwendigkeit der Bestrafung derjenigen, die das „Regime der Ruhe“ verletzen stimmten die Teilnehmer des Treffens überein“, sagte eine Quelle aus den dreiseitigen Verhandlungen....

Lug-info.com: Mitteilungen des bevollmächtigten Vertreters der LVR bei den Verhandlungen in Minsk Wladislaw Dejnego (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Humanitäre Untergruppe:

„Die ukrainische Seite hat zuvor versichert, dass sie die Prozeduren zur Zuerkennung von Renten erleichtert, heute hat sie aber Bedingungen vorgestellt, unter denen eine Erleichterung des Systems nur für Übersiedler erfolgt. Für die Bevölkerung, die dem Territorium der Republiken lebt, wurden die Bedingungen sogar um einiges verschärft“, sagte er.

„Der Erlass des Kabinetts der Ukraine legt eine Ordnung zum Erhalt von Renten und

Sozialzahlungen nur für Übersiedler auf das von der Kiewer Regierung kontrollierte Territorium fest und legt ein direktes Verbot für Rentenzahlungen an die Bevölkerung fest, die auf dem Territorium der Republiken lebt“, unterstrich Dejnego.

„Eine Erklärung dieser Entscheidungen haben die Vertreter der Ukraine auf das nächste Treffen verschoben“, sagte der bevollmächtigte Vertreter der Republik.

„Es wurden Fragen der Wasserversorgung und der Gaslieferung behandelt. Es wurden keine abschließenden Entscheidungen getroffen, aber der Prozess geht weiter“, sagte Dejnego.

„Vertreter der OSZE haben der ukrainischen Seite vorgeschlagen, die Arbeit der Passierpunkte im Regime 24/7 abzusichern“, sagte er.

Nach den Worten Dejnegos schlägt die OSZE der ukrainischen Seite auch vor, „das Limit aufzuheben, dass die Menge des mitgeführten Gepäcks betrifft, oder für die Bevölkerung annehmbarere Begrenzungen festzulegen“.

„Die Frage der Garantie der Sicherheit der funktionierenden Passierpunkte wurde erörtert. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Behandlung der entstandenen Situation in Staniza Luganskaja gewidmet. Der Koordinator der OSZE sagte, dass es Perspektiven einer möglichst schnellen Stabilisierung der sicheren Funktion dieses Übergangs gibt“, teilte Dejnego mit.

„Er sagte auch, dass das Projekt des Wiederaufbaus der Brücke in kürzester Frist wiederbelebt wird“, fügte er hinzu.

Politische Untergruppe:

„Der Koordinator von der OSZE hob in der politischen Untergruppe hervor, dass es gelungen ist, eine Reihe von Schlüsselwidersprüchen in den Positionen der Seiten zu benennen, deren Überwindung eine Bewegung in der Ausarbeitung eines Mechanismus der Durchführung der Wahlen geben kann“, berichtete Dejnego.

„Ebenfalls auf der Tagesordnung stand die Frage der Amnestie, der in der Kontaktgruppe besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurde und die eine besondere harte Diskussion hervorrief“, sagte der bevollmächtigte Vertreter der Republik.

Dejnego erklärte, dass die Position der Republiken darin besteht, dass die aktiven Teilnehmer der Ereignisse im Donbass nicht nur von Bestrafung befreit werden müssen, sondern auch überhaupt keinerlei Verfolgung ausgesetzt werden dürfen. Insbesondere dürfen gegen sie keine Strafverfahren eingeleitet werden.

Der Vertreter der OSZE äußerte seinerseits die Hoffnung, dass nach der heutigen Aktivierung der Arbeit der Teilnehmer der politischen Untergruppe diese zum vorherigen Zeitplan der Treffen zurückkehren werden, die in Minsk zweitägig stattfanden, vor und während der Sitzung der Kontaktgruppe.

Untergruppe zur Sicherheit:

„Die grundlegende Frage ist die Abstimmung der Trennung der Seiten von der Kontaktlinie. Als eines der grundlegenden Momente der Realisierung der Trennung wurde die Sicherheit an der Abgrenzungslinie benannt“, sagte er.

„Besondere Aufmerksamkeit wurde der Lage im Bereich von Staniza Luganskaja gewidmet. Die entstandene Situation rief die besondere Beunruhigung des Koordinators der Gruppe von der OSZE hervor“, berichtete Dejnego.

„Aber es muss gesagt werden, dass die Ergebnisse der Arbeit der Untergruppe positive Tendenzen bei der Stabilisierung der Situation und dem Wiederaufbau der Brücke bringen“, sagte Dejnego.

Ökonomische Untergruppe:

„Bei der ökonomischen Untergruppe wurden die Arbeiten an den laufenden Fragen, unter anderem der Sicherung der Strom- und Wasserversorgung, behandelt“, berichtete Dejnego.

„Ebenfalls wurde die Wiederaufnahme der Eisenbahnverbindung zwischen der LVR und der Ukraine erörtert“, sagte der Bevollmächtigte der Republik.

„Bisher ist es zu früh über Ergebnisse zu reden, aber die Arbeit wird in dieser Richtung geführt“, ergänzte Dejnego.

Dan-news.info: Erklärungen der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa zur Arbeit der politischen Untergruppe (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Die heutige Sitzung war durch eine aktive Diskussion über die Modalitäten der Wahlen charakterisiert, aber wegen der fehlenden Zeit konnte nur ein Teil der Tagesordnung behandelt werden. Unter den strittigen Fragen ist wie zuvor die Teilnahme ukrainischer politischer Parteien an

den Wahlen im Donbass, die Ordnung des administrativen Wahlprozesses und die Abstimmung von Übersiedlern“.

Zur Erörterung eines „Fahrplans“ für den Prozess der friedlichen Regelungen konnten die Teilnehmer der Verhandlungen aufgrund der Position Kiews nicht übergehen.

„Der politische Teil des Maßnahmenkomplexes ist für die Ukraine das unangenehmste Thema. Die Verzögerung der Lösung der politischen Fragen wirkt sich negativ auf die Arbeit auch der übrigen Gruppen aus. Jedes vorsätzliche Ignorieren der Arbeit der politischen Untergruppe muss eine entsprechende Reaktion der internationalen Gemeinschaft hervorrufen“.